

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 86. Berichte, kleine Beiträge u. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von
305 van Allen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65.
129232323 Fernspr.-Nr. 1358. P. 129232323

Nr. 18. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 2. Mai 1908. Fernspr.-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Durch!

Nicht betteln, nicht bitten,
Nur mutig gestritten!
Wie kämpft es sich schlecht
Für Freiheit und Recht.

Und nimmer verzaget!
Von neuem gewaget!
Und mutig voran!
So zeigt sich der Mann.

Wir wollen belachen
Die Feigen und Schwachen:
Wer steht wie ein Fels,
Dem bleibt das Feld.

Einst wird es sich wenden,
Einst muß es sich enden
In unserem Glück:
Drum nimmer zurück!
hoffmann von Fallersleben.

Zweierlei Recht.

In den letzten Jahren kam es bekanntlich öfters zu Differenzen zwischen den Leitungen der Krankenkassen und den Ärzten, die mehrmals zu einem Arztstreik führten. Es tauchte nun verschiedentlich die Frage auf, ob derartige Streiks moralisch berechtigt seien, da doch jedenfalls eine Gefährdung des öffentlichen Wohles vorliege. Hiergegen wendet sich nun laut Arbeitgeberzeitung (Nr. 16 vom 19. April) der Verband der Ärzte Deutschlands „mit sehr treffenden Argumenten“, indem er folgende Klarstellung über die Entstehung und das Wesen der Arztstreiks gibt:

Die Auffassung, daß durch Arztstreiks bei Verweigerung der ärztlichen Hilfe das öffentliche Wohl gefährdet werde, sei nicht zutreffend. Eine ärztliche Arbeitsniederlegung bedeute nur den Abbruch der öffentlichen Beziehungen zu den Verwaltungen der Krankenkassen usw. und zwar nach Ablauf etwa bestehender vertraglicher Verpflichtungen. Den erkrankten Kassennmitgliedern gegenüber erfolge eine Niederlegung der Arbeit nicht. Diese würden nach wie vor, wenn auch nur als Privatpatienten, ärztlich versorgt. Eine im Beruf begründete sittliche Verpflichtung habe der Arzt nur dem Kranken gegenüber; den Krankenkassen-Vorständen gegenüber aber nur dann, wenn die beiderseitigen Rechte und Pflichten durch einen nach Uebereinkunft geschlossenen Vertrag geregelt seien. Der große Pflichtkreis der Ärzte gegenüber den Bedürfnissen der Volkswirtschaft, der öffentlichen Gesundheitspflege werde hierdurch nicht berührt; die Ärzte hätten diesen Pflichten stets anerkannt und darnach gehandelt. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Wenn sie heute von Koalitionsrecht und Arbeitsniederlegung in dem oben umschriebenen Sinne Gebrauch machen, so tun sie das nur nothgedrungen, und zwar zum Zweck einer geordneten, allen Beteiligten gerecht werdenden Regelung ihrer Stellung zu den Verwaltungsbörgern der Krankenkassen usw. Recht und Pflicht zu solcher Anwendung der Selbsthilfe leiten sie her aus der Erkenntnis, daß die seitiger einseitige, willkürliche Regelung ihrer Stellung innerhalb der sozialpolitischen Gesetzgebung bedenkliche Schädigungen des ärztlichen Standes in materieller und sittlicher Beziehung zur Folge gehabt hat, deren Beseitigung auch im Interesse des allgemeinen öffentlichen Wohls und damit im Interesse des Staats aus den verschiedensten Gründen geboten erscheint.“

Uns interessiert nun an der ganzen Angelegenheit hauptsächlich der Kommentar, den die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ an diese Ausführungen knüpft. Sie schreibt:

„Den hier vertretenen Anschauungen, die nicht ohne guten Grund die Verantwortlichkeit für den Patienten etwa entstehenden Nachteile der Gegenseite zuschieben, wird man sich im allgemeinen durchaus anschließen können. Es ist an dieser Stelle überhaupt die Bemerkung einschaltend, daß man beginnt, mit dem Worte „Streik“ einen Unfug zu treiben. Nicht jeder Mensch, der aus irgend welchen Gründen seine geschäftlichen oder dienstlichen Beziehungen zu einem andern abbricht, wird darum ein „Streiker“. Die Journalisten auf der Reichstagsgebäude haben nicht gestreikt, die Ärzte, die sich der Despotie irgend einer sozialdemokratischen Kasse entziehen wollten, sind keine Streiker, kurz, man wird dazu übergehen müssen, bei ernsthafter Besprechung das Wort „Streik“ nur da zu gebrauchen, wozu es seiner ganzen Weisheit nach paßt!“

Also, wenn die Journalisten im Reichstagsgebäude wegen angeblicher Verletzung ihrer Standesehre die Tätigkeit einstellen, dann ist das nach Ansicht der Arb.-Ztg. begreiflich und berechtigt. Wenn aber die Arbeiter eines Betriebes gegen die unwürdige Behandlung seitens des Arbeitgebers oder eines vorgelegten Front machen und zwecks Abhilfe auf die Arbeit niederlegen, dann — ja dann Sauer ist das was anders. Das sind dann eben gewöhnliche „Streiker“. Und was die Arb.-Ztg. hierunter versteht, braucht nicht erst betont zu werden. Daß auch Arbeiter eine Standesehre besitzen und diese zu wahren nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet sind, hierfür Verhältnisse besonderer „Arbeitgeber-Zeitung“ zu erwarten, wäre zu viel verlangt.

schäftlichen Interessenvertretung. Die Ärzte haben eine starke Organisation. Sie haben also von ihrem Koalitionsrecht in vollem Umfang Gebrauch gemacht, nehmen auch das Recht der Arbeitsniederlegung für sich in Anspruch, verhängen Sperren usw., also genau wie die Arbeiterorganisationen. Daß sie hierbei ebenfalls nicht immer besonders rücksichtsvoll vorgehen, dafür ein Beispiel. In Mülhausen i. E. lag der schularztliche Dienst einige Zeit in den Händen von Mülhauser Ärzten, die diese Funktion im Nebenamt versehen. Da dieses System eine Reihe von Missethäten zeitigte — drei Schularzte mußten mit Rücksicht auf ihre Minderleistung entlassen werden — wurde seitens der Stadtverwaltung im Einverständnis mit dem Gemeinderat beschloffen, den bisherigen Schularzten zu kündigen und den schularztlichen Dienst in eine Hand zu legen, d. h. einen Stadtarzt anzustellen. Nachdem sich die Anstellung eines der Bewerber zerstreut, verlangten die Mülhauser Ärzte vor Anstellung des Schularztes gehört zu werden. Als die Verwaltung dem infolge Erklärung des Bürgermeisters nicht sofort entsprach, wurde seitens des Verbandes der Ärzte Deutschlands die Schularztstelle einfach gesperrt. Die Sperre wurde erst aufgehoben, als den Ärzten in Aussicht gestellt wurde, vor Anstellung des Schularztes gehört zu werden. Wir sehen also, die Ärzte verstehen es, ihre Interessen ganz entschieden zu wahren. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hat hiergegen nichts einzuwenden, im Gegenteil, sie vermag sich sogar den vom Arztverband oben vertretenen Anschauungen im allgemeinen durchaus anzuschließen.

Und welche Haltung nimmt nun das Unternehmerorgan den Arbeitern und ihren Organisationen gegenüber ein? Auch dem Arbeiter das Recht, sich zur Wahrung seiner Berufsinteressen zu sammeltätigen, ununtrennbar anzugehören, seine Organisation als berechtigte Vertreterin seiner wirtschaftlichen Interessen anzuerkennen, fällt der „Arbeitgeber-Zeitung“ im Traum nicht ein. Im Gegenteil, ihre ganze Taktik läuft darauf hinaus, jede, auch noch so berechtigte selbständige Arbeiterbewegung resp. Arbeiterorganisation niederzuknicken. Für sie sind Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie identisch. Jits doch noch nicht allzulange her, da schrieb die „Arbeitgeber-Zeitung“ bezüglich der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen:

„Außerdem aber müssen wir noch herausheben, daß in gewisser Hinsicht die nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinigungen an Gefährlichkeit ihrer politischen-radikalen Konjunktur kaum etwas nachgeben. Es mag sein, daß sie nicht staats-revolutionär sind, aber sie sind wirtschafts-revolutionär, d. h. sie lauten ebenso wie jene Sturm auf die Position derjenigen Erwerbsthätigen, die Despoten, und mit ihm noch als seine Antagonisten, für absolut unerlässlich im Sinne der geltenden Wirtschaftsordnung erklärt. Auch sie haben dem historischen Materialismus und seinen de facto auf dem Boden des kommunistischen Manifestes. Auch sie streben die Expropriation der Betriebsmittel an; sie wollen zunächst zum mindesten eine totalitäre Fabrikverwaltung, treffen also in ihrem wirtschaftlichen Zielvollkommen mit der Sozialdemokratie zusammen.“

Die Arbeitgeber-Zeitung will also von selbständigen Arbeiterorganisationen überhaupt nichts wissen. Was den Ärzten recht ist, ist den Arbeitern eben noch lange nicht billig. Auch noch in anderer Hinsicht kommt das zweierlei Maß der Arbeitgeber-Zeitung zur Geltung. Der Arztverband bezeichnet selbst als seine Hauptaufgabe „die seit her erfolgte einseitige, willkürliche Regelung ihrer (der Ärzte d. B.) Stellung innerhalb der sozialpolitischen Gesetzgebung“ zu beseitigen und ein Mitbestimmungsrecht zu erlangen, weil diese einseitige, willkürliche Regelung bedenkliche Schädigungen des ärztlichen Standes in materieller und sittlicher Beziehung zur Folge gehabt hat.“

Greifen nun die Ärzte, um sich „der Despotie irgend einer sozialdemokratischen Kasse“ zu entziehen, zum Streik, so findet dies die Arb.-Ztg. ganz in der Ordnung. Wie nun aber, wenn Arbeiter sich der „Despotie“ des Arbeitgebers zu entziehen suchen, wenn sie die Gleichberechtigung, ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages verlangen? Dann kann dieselbe Arb.-Ztg. derartige Bestrebungen nicht genug in Grund und Boden hinein verdammen. Ist ihr doch das konstitutionelle Fabrikwesen ein Grauel, und jene Organisationen, die letzteres anstreben, treffen nach Ansicht der Arb.-Ztg. „in ihren wirtschaftlichen Zielen vollkommen mit der Sozialdemokratie zusammen“. Und doch, wie will die Arb.-Ztg. ihr Verhalten, den Arbeitern vorzuenthalten, was sie den Ärzten als berechtigt zuerkennt, rechtfertigen? Hat die „Despotie“ so mancher Arbeitgeber nicht ebenfalls „bedenkliche Schädigungen“ des Arbeiterstandes „in materieller und sittlicher Beziehung“ zur Folge gehabt? Schädigungen, deren Beseitigung „im Interesse des allgemeinen öffentlichen Wohls und damit im Interesse des Staats“ mindestens ebenso dringend geboten erscheint, wie die Beseitigung der Schäden innerhalb des Arztstandes. Und die Beseitigung dieser Schädigungen, sie kann und muß auch beim Arbeiterstand nur durch die Selbsthilfe, d. h. durch die gewerkschaftliche Organisation erfolgen.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ hat mit ihrem Kommentar „zu den Ausführungen des Verbandes der Ärzte Deutschlands“ indirekt und ungewollt die Berechtigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen anerkannt. Daß sie aus ihrem

Verhalten die Konsequenzen zieht und endlich auch die Arbeiterorganisationen immunität als legitime Vertretung der Arbeiterschaft anerkennt, wogegen wir allerdings nicht zu hoffen. Indes wird auch in Zukunft die Arb.-Ztg. nicht verhindern können, daß die Arbeiter mehr und mehr von ihrem Koalitionsrecht, und wenn nötig, auch vom Recht der Arbeitsniederlegung Gebrauch machen. Sie wird sich schließlich auch dazu bequemen müssen, die Arbeiter resp. deren Organisationen als gleichberechtigte Kontrahenten beim Abschluß des Arbeitsvertrages anzuerkennen. Dafür bürgt die bisherige Entwicklung der Verhältnisse. An der christlichen Arbeiterschaft, besonders auch an uns Textilarbeitern und Arbeiterinnen ist es, diese Entwicklung, die uns der Gleichberechtigung entgegenführt, durch Ausbau unserer Organisation nach Kräften zu fördern. Darum auf die Schanzen!

Die Streikklausel in der Textilindustrie.

Als besten Beweis für den großen Nutzen der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter kann wohl die Tatsache gelten, daß die Arbeitgeber in den letzten Jahren eine ungemein große Mühseligkeit zeigen in der Aufsuchung von Mitteln, wodurch die Bestrebungen der organisierten Arbeiter zurückgehalten oder doch in ihren Wirkungen abgeschwächt werden sollen. Die Unternehmerorganisationen, die sogenannten Antistreibvereine, sind in den letzten Jahren wie die Pilze aus der Erde geschossen, große Zentralverbände nach dem Muster der Arbeiterverbände sind geformt, eigene Zeitungsbüros gegründet worden, um die Unternehmer-Solidarität gegen die „unberechtigten Despoten“ der Gewerkschaften mobil zu machen. Wenn letztere schmachvolle, nutzlose Gebilde wären, hätten diese Gegenmaßnahmen doch gar keinen Sinn. Und wer wollte leugnen, daß die organisierten Arbeitgeber tatsächlich eine Macht bilden, mit der die Arbeiterbewegung als einen bedeutenden Gegner zu rechnen hat? Die Taktik der Arbeiterorganisationen muß dieser gewerkschafts-politischen Konstellation Rechnung tragen, wenn eine fruchtbare Gewerkschaftsarbeit geleistet werden soll.

Die Maßnahmen der Arbeitgeberverbände zur Stärkung ihrer Machtpositionen zeigen sich in den verschiedensten Formen. Schwarze Listen, Streikverhinderung, Gründung oder Unterstüßung „geheimer“ Gewerkschaften usw. sind die bekannten Waffen der Arbeitgeber zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Als ein neues Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen ist die Streikklausel bezeichnet worden, über die wir in unserem Organ öfters geschrieben haben. Die Frage der Einführung der Streikklausel hat wiederholt zu den lebhaftesten Beratungen in Arbeitgeberkreisen Veranlassung gegeben, ohne indes zu einer richtigen Lösung geführt werden zu können. Nun endlich scheinen doch die Hindernisse aus dem Wege zu räumen und trotz der widerstreitenden geschäftlichen Interessen bei den Textilbaronen eine Einigung über die Einführung der Streikklausel herbeigeführt zu sein. In Nummer 12 des „Reichsarbeitsblattes“ vom vergangenen Jahre wird nämlich berichtet, daß die Verhandlungen über diesen Gegenstand zu einem für die Unternehmer günstigen Resultate geführt haben, und gleichzeitig wird ein Entwurf über die Streikklausel veröffentlicht, dessen Annahme von den beteiligten Kreisen ebenfalls sicher ist.

Die ersten Beratungen über die Einführung der Streikklausel in der Textilindustrie liegen 1/2 Jahre zurück. Im Januar 1906 betraute eine Versammlung von Textilindustriellen eine Kommission mit der Ausarbeitung geeigneter Vorschläge über das Verhalten bei Streiks. Es wurden folgende Grundzüge aufgestellt:

1. Es ist volle Gegenseitigkeit zu gewähren: nicht allein der Lieferer, sondern auch der Abnehmer soll, sofern ein Zustand oder eine Auslieferung bei ihm vorliegt, die in der Klausel vorgesehenen Rechte der Hinausschiebung oder Aufhebung seiner Verpflichtungen haben.
2. Das Recht des vom Auslande oder der Auslieferung Vertriebenen besteht in einer Hinausschiebung der Lieferung oder der Aufhebung der Ware zunächst um eine bestimmte Frist, deren Länge für die einzelnen Branchen und Verbände verschieden bemessen werden kann, nach Ablauf dieser Frist aber in der Möglichkeit, nach vorheriger Anzeige vom Vertrage zurückzutreten; dieses letztere Recht steht in derselben Weise auch dem anderen Vertragserteile zu.
3. Eine Verpflichtung zum Schadenersatz besteht nicht.
4. Bei Streitigkeiten entscheidet ein sachmännliches Schiedsgericht unter Mitwirkung der „Pauktuelle deutscher Arbeitgeberverbände“.

Die vorstehenden Bestimmungen wurden in einer Versammlung vom 23. Juni 1906 angenommen und zugleich beschloffen, diese auch bei Streikstörungen überhaupt maßgebend sein zu lassen.

Um die Anerkennung dieser Klausel durch die Abnehmer der Textilindustrie zu erzielen, wurde in derselben Versammlung beschloffen, die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zu beauftragen, an die maßgebenden Kreise der Abnehmer heranzutreten. Am 27. Oktober 1906 fand eine Aussprache statt, die sich besonders auf zwei Punkte erstreckte, nämlich die Einbeziehung von dritten Betrieben in die Streiks (wenn z. B. eine Weberei durch Streik in einer

Spinnerei an der Erfüllung ihrer Lieferung verhindert wird, ihren kontraktlichen Verpflichtungen nachzukommen). Das Ergebnis dieser Aussprache war die Wahl einer gemischten Kommission, welche beauftragt wurde, unter Berücksichtigung der vorerwähnten Wünsche geeignete Vorschläge zu machen. Die Kommission legte folgenden Streikklausel-Entwurf vor:

1. Arbeiterausstände, Aussperrungen und Betriebsstörungen, soweit letztere auf höherer Gewalt beruhen (§§ 275 und 323 des B. G. B.) oder durch Streiks oder Aussperrungen in dritten Betrieben hervorgerufen sind, berechnen den davon Betroffenen, seine Verpflichtung zur Lieferung oder Abnahme hinauszuverschieben und zwar um die Zeit der Störung des Betriebes und hinsichtlich des Quantums, dessen Lieferung oder Abnahme durch die Störung unmöglich gemacht wird. Bei laufenden Verträgen wird demgemäß die Zeit für die Lieferung oder Abnahme jeder einzelnen Rate entsprechend verschoben.
2. Als Streiks und Aussperrungen im Sinne des Absatz 1 gelten dabei nur solche Störungen des Betriebes, die durch das Verhalten der Arbeiter veranlaßt worden sind.
3. Sofern es sich um Lieferungen an einen Großhändler oder einen Fabrikanten der Bekleidungsindustrie handelt und die Störung des Betriebes bei dem Lieferer stattgefunden hat, gelten folgende Vorschriften: Macht der von der Störung des Betriebes Betroffene von dem Rechte der Hinausschiebung seinem Abnehmer gegenüber Gebrauch und verschiebt sich infolgedessen die Lieferungs- oder Abnahmefrist um mehr als ... Tage ... Wochen, so hat der Abnehmer nach Ablauf dieser Frist das Recht von dem Vertrage hinsichtlich der Abnahme des durch die Störung des Betriebes ausgefallenen Quantums zurückzutreten. Der Abnehmer, der von diesem Rechte Gebrauch macht, ist jedoch verpflichtet, von dieser seiner Absicht, vom Vertrage zurückzutreten, dem anderen Teile spätestens bei Ablauf der Frist Anzeige zu machen.
4. Erfolgt innerhalb der vorher genannten Frist die dort vorgesehene Anzeige von keinem der hierzu Berechtigten, so bleibt der Vertrag auch bezüglich des infolge der Störung des Betriebes ausgefallenen Quantums zu Recht bestehen mit der Maßgabe, daß gemäß Punkt 1 die Lieferung oder die Abnahme deselben um die Zeitdauer der Störung des Betriebes hinausgeschoben wird.
5. Beide Teile sind in jedem Falle von der Verpflichtung zum Schadenersatz befreit.
6. Sofern über die vorstehenden Bestimmungen, deren Voraussetzungen und Auslegung Streitigkeiten zwischen den Parteien entstehen, entscheidet auf Anrufen eines Teiles ein Schiedsgericht, dessen Entscheidung unter Ausschluß des Rechtsweges für beide Teile bindend und endgültig ist. Das Schiedsgericht besteht aus fünf Mitgliedern. Hiervon werden je zwei von dem Verbandsrat ernannt, dem die betreffende Partei angehört oder den sie für den vorliegenden Streitfall für sich als zuständig bezeichnet.“

Ueber diesen Entwurf wurde in der von den Hauptstellen deutscher Arbeitgeberverbände im Einvernehmen mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie nach Berlin am 25. Februar 1907 einberufenen Versammlung eingehend beraten und schließlich auch, trotz der auseinandergehenden Interessen der Industriellen einerseits und der Handelstreibe andererseits, eine Einigung erzielt und eine zwölfgliedrige Kommission eingesetzt, die den endgültigen Wortlaut der Streikklausel festsetzen und zugleich eine Schiedsgerichtsordnung auszuarbeiten sollte.

Es wurden denn auch von der Kommission Bestimmungen getroffen in obigem Sinne, deren Annahme von den einzelnen Verbänden und Firmen sicher ist. In Süddeutschland kommt die Streikklausel bereits heute schon zur Anwendung.

Auch durch dieses Abwehrmittel werden die Arbeitgeber der Textilindustrie nicht nur vor den Niederdrücken noch in ihren Erträgen bedeutend aufhalten können. Aber es ist damit doch erreicht, daß die wirtschaftlichen Kämpfe hartnäckiger und langwieriger werden können. Ebenso werden die Streiks und Aussperrungen sich für viel weitere Kreise fühlbar machen, als es bisher der Fall war, weil durch die Aufschiebung der Lieferungsfrist auch der kleine Geschäftsmann und Handwerker nachteilig getroffen werden kann. Die Arbeiterschaft aber hat mehr denn je Ursache, durch eine innere und äußere Stärkung ihrer Organisation und durch eine kluge Taktik für ihren wirtschaftlichen Aufstieg zu kämpfen.

Sozialdemokratie und Arbeiterversicherung.

Der hohe kulturelle Wert und der große wirtschaftliche Nutzen der deutschen Arbeiterversicherung für die Arbeiterklasse ist von einsichtigen Elementen in der Sozialdemokratie wiederholt anerkannt worden. In den nötigen Vorwärtsschritten gegen ihre Partei, die von ihrem verkehrten Alles-oder-Nichts-Standpunkt gegen die Einführung dieses Versicherungswertes

stammt hat, haben sie es dabei nicht fehlen lassen. Anders dagegen die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratischen Agitatoren! Sie wollen und können natürlich, ohne die Partei zu schädigen, heute nicht zugeben, daß dieselbe mit ihrem Widerstand gegen das große soziale Wert der Arbeiterversicherung eine kolossale Dummheit gemacht hat, von der zuletzt, falls sie tatsächlich das Zustandekommen des Gesetzes erreicht hätte, ihre angeleglichen Schützlinge, die Arbeiter, den größten Schaden gehabt hätten. Deshalb bestreben sie sich, das wahre Bild zu verkleinern, indem sie in den Augen der „Genossen“ die Bedeutung der Arbeiterversicherung möglichst zu verkleinern suchen, um so die schwereren Unterlassungsstrafen der Partei als mehr lässliche oder überhaupt keine Verfehlungen erscheinen zu lassen.

An diesem Treiben beteiligt sich neuerdings auch das „Korrespondenzblatt“ der Generalverwaltung der freien Gewerkschaften, das zu seiner neuesten Nummer (16) eine statistische Beilage bringt, in welcher die Ergebnisse der deutschen Arbeiterversicherung im Jahre 1906 eingehend besprochen werden. Daß die Summen, die auf dem Wege der Arbeiterversicherung von Jahr zu Jahr ausgeben werden, gewaltige Ziffern darstellen, kann auch das Organ nicht leugnen. 265 Millionen M. (einschließlich der Krankenversicherungsbeiträge) wurden allein im Jahre 1906 in der Krankenversicherung, 143 Millionen M. in der Unfallversicherung und 166 Millionen M. in der Invalidenversicherung an Krankheitskosten und Entschädigungen verausgabt, insgesamt etwa 575 Millionen M. in einem einzigen Jahre. Und seit 1886 betragen diese Aufwendungen in der Krankenversicherung gar 3000 Millionen M., in der Unfallversicherung 1337 Millionen M. und in der Invalidenversicherung 1388 Millionen M., mithin zusammen 5665 Millionen M. oder 5 1/2 Milliarden Mark, eine Summe, die schon die französische Kriegsentwässerung von 1871 weit hinter sich zurückläßt. Das sind Tatsachen, die in ihrer Wichtigkeit ihre Wirkungen nicht verhehlen können.

Um diese aber abzuschwächen, gefällt sich das „Korrespondenzblatt“ in kleinlichen Spielereien. Die Schlagworte „Vetterspunden“ und „Almosen“ scheinen ihm allerdings so abgefallen zu sein, daß es auf deren Gebrauch verzichtet. Dafür werden aber die Durchschnittsleistungen der einzelnen Versicherungsarten vorgerechnet, um diese recht minimal erscheinen zu lassen. Und doch müßte gerade das „Korrespondenzblatt“ wissen, daß die Versicherungen nicht mehr leisten können, als sie selbst erhalten. Zudem stellt speziell die Unfallversicherung, zu der die Arbeiter gar nichts zu zahlen haben, gegen den früheren Zustand einen außerordentlichen Fortschritt dar. Weiter fragt das „Korrespondenzblatt“: „Was hindert den Arbeitgeber, den Lohn um den Betrag der Versicherungsbeiträge herabzubringen?“ Das „Korrespondenzblatt“ greift hier einen Strohhalm auf, den selbst sachverständige „Genossen“ längst fortgeworfen haben. Es weiß eben ganz genau, daß die Arbeitslöhne trotz der Arbeiterversicherung seit deren Einführung eine steigende Tendenz behalten haben, und jeder Unternehmer die Versicherungsbeiträge zu den eigenen Betriebskosten rechnet, wie Steuern, Feuerversicherungsprämien etc.

Diese Annahme einer Vorkürzung um den Versicherungsbeitrag ist nicht weniger willkürlich, wie die Behauptung, daß selbst heute noch mehr als zwei Jahrzehnte der Wirksamkeit der deutschen Arbeiterversicherung die Sorge und Not drohend denn je ihr Haupt erhebe. Dabei muß das „Korrespondenzblatt“ einige Seiten vorher zugeben, daß in diesen genannten Jahrzehnten die Löhne eine Steigerung um 37,1% erfahren haben. Im Vergleich zu einer Tabelle über Lohnbeiträge der Versicherten undollarbeiter von 1886—1906 schreibt nämlich das „Korrespondenzblatt“:

Die Zusammenstellung in Tabelle XI, die sich nur auf die gewerblichen Berufsgenossenschaften erstreckt, zeigt uns, daß der Gesamtlohnsumme der Lohnbeiträge seit 1886 bis 1900 von 652,80 M. auf 779,22 M. pro Kopf der Versicherten und von da ab bis 1906 von 779,22 M. auf 855,02 M. pro Kopf der Versicherten gestiegen hat. Das ist seit 20 Jahren eine Steigerung um 22,22 M. oder 37,1% oder im Jahresdurchschnitt um 1,7%. Von 1900 bis 1906 stieg dieser Durchschnittsbetrag pro Kopf der Versicherten um 115,80 M. oder 14,9% im Jahresdurchschnitt also um 2,5%. Nicht ganz so hoch (nur

131 M. oder 14,6 Prozent, im Jahresdurchschnitt 2,4 Prozent) war die Steigerung pro Kopf der Dollarbeiter berechnet. Freilich war diese Steigerung keineswegs in allen Jahren gleichartig. Von 1905 auf 1906 ergibt sich eine Steigerung des Durchschnittsbetrages pro Versicherten um 46,92 M. oder 5,4 Prozent und pro Dollarbeiter um 50,64 M. oder 5,8 Prozent.

In ähnlichem Sinne schrieb „Genosse“ Paul Kampfmeyer schon in der Septembernummer 1902 der Sozialistischen Monatshefte:

Die deutsche Arbeiterversicherung hat fast in der gleichen Richtung wie eine Arbeiterausgehörung gewirkt — sie bedeutet eine tatsächliche ökonomische (wirtschaftliche) Besserstellung um 1 1/2 Milliarden Mark.

Nun sei gerne zugegeben, daß durch die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, der Mieten u. c. ein großer Teil der Lohnsteigerungen hinweggenommen worden ist; aber behaupten zu wollen, daß trotz der ökonomischen Besserstellung des Arbeiterstandes heute Sorge und Not drohend denn je ihr Haupt erheben, heißt doch so sehr mit den eigenen Worten der Wahrheit ins Gesicht schlagen, daß gegen eine derartige demagogische Fälschung nicht laut genug protestiert werden kann.

Wir sind weit genug davon entfernt, blindlings die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung und speziell auch diejenigen der Unternehmer über den grünen Klee loben zu wollen, stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß es eine rechtliche und sittliche Pflicht der Gesamtheit und des Unternehmensmoral ist, die Existenz der Arbeiter, die den Nationalwohlstand mit schaffen helfen, nach Möglichkeit auf eine sichere Grundlage zu stellen. Aber andererseits verlangt es Gerechtigkeit und Ehrlichkeit, anzuerkennen, daß die deutsche Arbeiterversicherung zur Linderung der Wunden, die die Industrie schlägt und die niemals zu umgehen sein werden, bereits Großes geleistet hat und in Zukunft noch Größeres leisten wird; daß fernerhin die 3,65 Milliarden M., welche bisher schon von den Arbeitgebern für die Zwecke der Arbeiterversicherung beigegeben wurden, sehr viel zur Gesundheit und Kräftigung der Arbeiterklasse beigetragen haben. Gerade im Hinblick hierauf muß die unbedingte sozialdemokratische Forderung an der Arbeiterversicherung, das Bestreben, dadurch die oben erwähnten Unterlassungsstrafen der Partei zu verkleinern, um so kräftiger beurteilt werden.

Die deutsche Arbeiterversicherung kann unter voller Anerkennung ihrer Vorteile noch recht viel Kritik vertragen. Wo diese aber aus politischen Rücksichten, wie bei der Sozialdemokratie, angelegt wird, schadet sie eher mehr als sie nützt.

Ein Gemütsmensch.

„Viel Verstand, aber wenig Gemüt“, so muß in unserer Zeit leider oftmals unser Urteil über einen Menschen lauten. Da ist es denn eine Herzenserquickung, auch mal das Gegenteil von jemandem behaupten zu können. Unser Held vereint nämlich viel Gemüt und — parbon — auch viel, viel Verstand in sich. Es könnten vielleicht doch leise Zweifel darüber aufsteigen, ob W. Neubauer-Lampertsmühle wirklich der beste gemütsvollste Mensch wäre, wenn er nicht einen Zeugen dafür erbringen könnte, der es besser als jeder andere wissen muß — er selber. Hört Ihr's, Ihr Zweifler! G. Neubauer-Lampertsmühle sagt es selber, daß er der „beste gemütsvollste Mensch von der Welt“ ist — und er muß es doch wissen. Darum lassen wir ihn selber reden, indem wir sein Schreiben, welches er unserer Redaktion als „Berichtigung“ eines in Nr. 14 unter der Rubrik „Lohnbewegungen und Arbeitsfreizügigkeit“ erschienenen Berichtes aus Lampertsmühle zuschickte, wortwörtlich wiedergeben. Dieses wird unsere Leser überzeugen, daß Obermeister G. Neubauer nicht nur der beste gemütsvollste Mensch ist, sondern sich auch unerschütterliche Verdienste auf dem Gebiete der Wissenschaft erworben hat, indem er den unigen Zusammenhang zwischen echtem Klassenbewußtsein und einem gewissen menschlichen Bedürfnis, welches man auch als Sühnlage bezeichnet, entdeckt hat. Leider teilt uns Herr Neubauer nicht mit, ob das Klassenbewußtsein auf den Sühnlage oder der Sühnlage auf das Klassenbewußtsein wirkt, oder ob gar eine Wechselwirkung zwischen beiden besteht. Doch das erziehen

wir vielleicht, wenn Herr Neubauer seine Studien abgeschlossen hat. Lassen wir ihn jetzt selber reden. Er schreibt uns:

Lampertsmühle, 5. 4. 08.

Sehr geehrter Herr!

In Ihrer letzten Nummer vom 4. April 1908 habe ich den Verband mit meiner Person in einem größeren Artikel befaßt und da Sachen hineingebracht, die der Wahrheit keine Ehre machen. Nach dem Bericht könnte man glauben, ich wäre der größte Tyrann, der alles freisen wollte, in Wirklichkeit bin ich der beste gemütsvollste Mensch, der wenn es möglich ist jedem Wunsch den ich einem Arbeiter erfüllen kann bereit bin zu thun wenn das Geschäft daselbst zuläßt. Ich selbst bin aus einer Arbeiterfamilie und seit 23 Jahren in der Fabrik (obwohl wohl weiß wie es da auf und zugeht). Ich habe Sozialdemokraten, Christen, Juden etc. im Geschäft habe aber noch nie einen Anstand mit denselben gehabt, allerdings sitzen diese Arbeiter nicht stundenlang im Abort herum wie es die anderen thun; wenigstens der größte Teil, denn wenn man die Sache beim richtigen Lichte betrachtet arbeiten dieselben nur 10 1/2 Tage. Dann sind die meisten halbe Bauern, der eine muß zum Notar, der andere dahin oder dort hin in Geschäften; ich habe noch nie etwas darüber gesagt aber wenn die 14 Tage vorbei sind wollen dieselben soviel haben wie die anderen. Ich habe die Nachttagelöhne in den Händen und kann ihnen versichern daß wir Arbeiter haben, die auch bei Ihnen in Verbands sind, die durchschnittlich 42—46 M. und höher verdienen; diese machen mir Freude und weiß ich auch zu schätzen und zu ehren, die aber die den ganzen Tag in den Aborten herumstehen sind eben die größte Schreier. Was die Schlichter anbetrifft so sind Sie da bis heringegeben. Ich will Ihnen nur mitteilen daß sämtliche von 42—56 Mark verdienen und noch keine außer er war krank weniger hatte in 14 Tagen, wie man da von 16—18 Mark leben kann ist mir unbegreiflich. Wir haben Schlichter die nicht mehr laufen können und verdienen das Geld.

Wenn ich gefragt habe die Leute sind unzufrieden so leugne ich das nicht, denn ich habe gerade die Nachttagelöhne da liegen von Frauen die auf 3 Wechsellöhnen 45—46 Mark verdienen sogar noch mehr und auf 2 Stählen 30—35 Mark, ich kann Ihnen mit Namen dienen wenn Sie solche haben wollen.

Was die Kündigung des Josef Wagner vom vorigen Jahre betrifft, so habe ich Jene die ausfragen das derselbe das Geld in der Fabrik einkassierte. Ich hatte durchaus nichts mit dem Manne, ich ließ denselben in mein Zimmer holen und sagte zu ihm im ganzen gemütslichen Sinne: Wagner, ich habe gehört daß die Sachen so stehen lassen Sie diese Sachen im Geschäft sein, das geht hier nicht; das ganze Gespräch trug einen freundschaftlichen Ton, wie es Wagner befehligen muß; er bedankte sich bei mir daß ich ihn aufmerksam macht. Am anderen Tage in der Frühe als ich durch den Saal ging, kam Wagner zu mir und sagte ganz barock: Wenn ich nicht sage wer das gesagt hätte würde er mich gerichtlich belangen. Diese Frechheit war mir doch zu viel ich meldete der Direktion den Fall und auf dieses hin wurde ihm freigestellt gleich zu gehen wenn er wollte. Er wurde also nur wegen seiner Frechheit entlassen; so der Grund der Wahrheit.

Was die Weber anbetrifft für 3 Stühle, so waren schon mehrere davon verlegt und waren beide nicht allein; das ich mir von dem Verbands nicht vorzuschreiben lasse was ich außerhalb der Fabrik tun soll worden Sie wohl selbst erfahren, denn ich habe mich auch noch nie darum gekümmert wenn die Organisierten oft 2—3 mal in der Woche verammelt waren bis Nachts 12 Uhr. Bessere konfessionellen Sachen könnte ich Ihnen viel mitteilen wie es früher war, denn z. B. in der Schlichterei wo immer schöne Löhne waren kam niemals ein Protestant trotzdem als die Hälfte und mehr der Arbeiter Protestanten waren, so waren es auch auf den anderen Plätzen; warum haben die Verbandsden da nichts gesagt? Indem ich mich nicht weiter einlassen will in Zeitungsredereien möchte ich Sie ermahnen den Artikel in Ihrem Blatte aufzunehmen und hoffe daß derselbe in Ihrer nächsten Nummer erscheint, sonst muß ich den gleichen Artikel einer sozialdemokratischen Zeitung einreichen. Aus welchen Gründen würde ich Ihnen dann davon mitteilen; denn daß ein solcher Artikel in Ihrem Blatte kein Kunststück ist einzuwickeln nachdem daselbst alle Operationen ist, ist wahrlich selbstverständlich; dies mein erstes und letztes Wort zu dieser Sache. Es grüßt mit vorzüglicher Hochachtung

W. Neubauer, Lampertsmühle.

Es bedurfte selbstverständlich gar nicht des Hinweises seitens des Herrn Neubauer, seinen Artikel einer sozialdemokratischen Zeitung einzuschicken, um uns zur Aufnahme derselben zu bewegen. Eine solche wissenschaftliche Arbeit läßt man sich so leicht nicht entgehen. Herr Neubauer hat das Verdienst, „eine Sache beim richtigen Lichte betrachtet“ zu haben, was der andere Leute, besonders in Gesellschaft, nicht gerne reden.

Vorausichtlich wird die „wissenschaftliche Arbeit“ des Herrn Neubauer die Aufmerksamkeit medizinischer

Kreise auf sich lenken. Auch dürfte es im Interesse der Wissenschaft liegen, wenn dem Herrn Neubauer zwecks erfolgreicher Fortsetzung seines Spezialstudiums die nötigen Hilfsmittel, z. B. ein Röntgenstrahlenapparat sowie ein Apparat zur Entnahme von Proben zur Verfügung gestellt würden. Die Errichtung eines Denkmals könnte dann später folgen.

Eine Anregung.

Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Man schreibt uns:

Gegenwärtig befinden wir uns in einer sehr ernsten Zeit. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, haben wir auch für die allernächste Zeit eine Besserung der bestehenden Verhältnisse nicht zu erwarten. Fast überall werden Arbeiterentlassungen vorgenommen oder die Arbeitszeit verkürzt. Das Schwerk der Arbeitslosigkeit schwebt über unserm Haupte; die Löhne sinken. Wohl selten hat eine Krise dem Arbeiterstande so schwere Wunden geschlagen als gerade die momentane. Man bedenke nur die hohen Lebensmittelpreise.

Daher ist es angebracht, die Sache etwas näher zu betrachten. Es würde wohl zu weit führen, die Ursachen der Krise hier zu behandeln. Jedoch eine andere Frage drängt sich uns auf. Nämlich die: Wer ist schuld daran, daß uns dieser wirtschaftliche Niedergang so schwer trifft? In erster Linie der Arbeiter selbst. Hätten die Unorganisierten es verstanden, sich in der guten Zeit zu organisieren, so könnten wir manche angebotene Verschlechterung mit Erfolg abweisen. Laufende Arbeiter haben es verstanden, sich eine feste Stütze zu schaffen durch die Organisation, und heute haben wir die Folgen davon zu tragen. Hätten sich die Arbeiter in guter Zeit organisiert, wäre der Abschluß langfristiger Tarifverträge möglich gewesen. Die Folgen der Krise wären für die Arbeiter milder gewesen. Ferner hätten wir eine Arbeitslosenunterstützung einführen können. Dadurch wären wenigstens die schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit gemildert worden.

Durch eine Arbeitslosenunterstützung wird die Fluktuation der Mitglieder gehemmt. Wenn wir uns bedenken, daß von 18871 nun aufgenommenen Mitgliedern im vorigen Jahre 11939 dem Verbands wieder den Rücken kehrten, so sollte man sich wirklich einmal mit dieser Frage befassen. Die verschiedensten Verbände haben die Arbeitslosenunterstützung schon eingeführt, und der „deutsche“ Textilarbeiterverband wird die Einführung auf der diesjährigen Generalversammlung auch jedenfalls beschließen. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß wir sie darum gerade einführen müßten. Nein, es sprechen, wie schon oben angeführt, andere Gründe dafür. Durch eine Arbeitslosen- oder Erwerbslosenunterstützung bleiben die Mitglieder nicht nur dem Verbands treu, sondern sie werden auch die Statuten besser beachten, um sich nicht den Ausschluß aus dem Verbands zuzuziehen. Dadurch gewinnt der Verband an Aktionskraft und stärkt die Disziplin der Mitglieder.

Eine Arbeitslosenunterstützung wirkt auch günstig auf die bestehenden Lohnverhältnisse. Es soll nämlich dadurch verhindert werden, daß der arbeitslose Arbeiter unter dem Druck der Verhältnisse Arbeit annimmt zu Bedingungen, die dem Gesamtinteresse der Arbeiter schädlich sind. Öffentlich werden die Kollegen unseres Verbandes sich auch einmal zu dieser Frage äußern, und es wird dann vielleicht die diesjährige Generalversammlung zu dieser Frage Stellung nehmen.

Ob es jetzt schon angängig ist, eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen, wird die Diskussion hoffentlich ergeben. Es muß jedoch gleich gesagt werden, daß es bei der Einführung nicht bei den jetzigen Beiträgen bleiben kann, sondern eine dementsprechende Erhöhung derselben einzutreten hat. Möge man die Sache nicht von den örtlichen Verhältnissen aus betrachten, sondern die große Entwicklung unseres Verbandes im Auge behalten.“

Kundschau auf dem Wirtschaftsmarkt.

Die Vorkriegsperiode. — Vom Geldmarkt. — Der Arbeitsmarkt.

An der Börse hat sich diesmal der Oberhaufe recht frühzeitig in der Gestalt der verahngeliebten Novelle zum Vorkriegsgebiet, eingestellt. Er wurde mit dem ganzen wilden Entschlusse, der den gebundenen Sprachgewandten Vorkriegern eigen ist — hohe Beute bezeichnen das mitunter mit dem unübersehbaren, eufisch-deutschen Worte „Rade“ — begreift. Die Novelle ist bekanntlich ein Produkt unserer augenblicklichen politischen Konstellation und daher in der Tagespresse bis auf die „Weisheitszähne“ liebestell, wie jede derartige Sensation, unterjocht worden. Als Produkt genannt hat man sie denn auch selbstredend nicht „aus einem Guffe“ sein, sondern sie trägt alle Gebrüche eines Komms an sich, der in der Zeit eines unüberwindlich zusammengequälten Klassenkampfes zwischen zwei händelstüchtigen Rassen mit fliehender Geist errichtet wurde. Zusammen: es war der Oberhaufe, und die Börse jubelte ihm entgegen. Trist ein zu dieser Schwelle — Willkommen hierzuland! Vom indonesischen Standpunkte aus betrachtet, lassen sich aus der Novelle zweifellos einige günstige Wirkungen erwarten. Der Vorkriegsbericht bezug der Verlede des Fabrikates mit der Börse hat unüberwindlich eine wohlbedachte Gelegenheit erfahren, und so steht zu erwarten, daß es der wert- und effizientesten und überzeugenden Agitation der Vorkriegsleute gelingen wird, das deutsche Publikum allmählich, langsam aber sicher, von den unwürdigen Vorkriegsagenden und den einheimischen Märkten zugunsten einer neuen Zeile und die Errichtung höherer Mäße sein. Im weiteren wird man jedoch mit gesteigerten Effekten-empfindungen rechnen können, und endlich dürfte auch der Geldmarkt nicht leer ausgehen, insofern als die Biedereinführung von Vermögenswerten für Industriezweige künftighin die Finanzierung großer Beträge, die bisher dem Kapitalmarkt zugute kamen, zugunsten von Handel und Industrie erwarten läßt. — Doch vergehen wir nicht, daß es der Oberhaufe war, und daß sein Kommen eine ganz besondere innige Begrüßung schon aus seiner „Klein“ mit sich bringen mußte. Was konnte auch der Börse gel-

gener kommen, als dieser Oberhaufe, der nach allen Tagen der Unlust und der Depression des Kommen einer neuen, besseren Zeit in eigener Person angeht! Drum gingen auch die Wogen der Begeisterung hoch, die freudigsten ließen weithin ihren großen Klang ausstrahlen und, wer etwas stöhnend verlangt war, der jubelte mit dem Ruder: „Nun kommen erst die rechten Tage!“ Das alles ist durchaus nicht übertrieben, und ein Blick auf die Vorkriegsberichte aus den ersten Tagen nach Abschließung der Novelle beweist, daß ich, wie immer, der latinischen Wahrheit nicht befehligen habe. Da schreit einer, der „dabei gewesen“ ist. Die unmaße eingetretene und seit langen Jahren von allen Seiten der Börse, Handel und Industrie so sehr gewünschte Änderung des Vorkriegsgebietes hat, wie nicht anders zu erwarten war, das ganze Vorkriegsgebilde von Grund auf verändert. An Stelle der bisherigen „Le“ (Leigheit) und „Anstößigkeit“ trat ein neues, schlagendes Taltrast, vermehrte Bewegungsfreiheit und vor allem geistliche Unternehmungslust. — Und ein anderer urteilt: „Ein weiteres Moment, das die Berliner Börse mit lebhafter Begeisterung erfüllt, und dem Verlede sogar ein Sprünge größerer Lebenslust verlieh, war die Aufnahme der Vorkriegsperiode durch den Reichstag. Vor allem erwartete man eine größere Belebung im Geschäft mit den jetzt im jugendlichen freien Verlede angehenden Verlede, die in Zukunft wieder auf Verlede gehandelt werden dürfen. Es fanden daraufhin mehrere Verlede, namentlich in den überaus Montanpapieren, statt, und da sich ausläßt dieser Kunde heranzustellen, daß unangenehme Verledegemeins befanden (d. h. solche Verledegemeins, die derjenige eingibt, der an Verlede, d. i. ein weiteres Jugendweigen der Verlede, ist), so fanden zugleich Verlede statt, die das Verlede weiter in die Höhe trieben. — Ein gelobtes Gefühl, das kein Annehmendes für die Börse mehr befehle, daß die immer und immer wieder vorgebrachten Argumente endlich die geliebten Verlede überzeugen haben, wird aller Verlede nach noch einige Zeit abhalten.“ Nach den letzten Tag hängt eine Seite der Verlede und des Verlede, so werden wir in seinem Frühjahrsheft lesen: „Ich! wenn das Leben ein Traum ist, was der mich der Verlede bezeugt!“ In der Tat, die Börse hatte sich zu

jeht dem Traum hingegen, und als der Traum sich von dannen schied, zeigte die nuchtere Wirklichkeit ihr altes, hässliches Gesicht. Nicht länger als drei Tage hat die lebhafteste Aufwärtsbewegung angehalten. Die Freude über die glücklich erzielte Anstößigkeit der Oberhaufe hatte die Sinne verwirrt und man achtete nicht mehr auf die schlechter lautenden Situationsberichte aus der Industrie. Bruno Buchwald hat durchaus recht mit seiner Bemerkung, daß die eigentliche Ausnutzung der Kurschance, die durch die Erleichterung des Effektenhandels begründet ist, erst dann vollends zur Geltung kommen könne, wenn die industrielle Entwicklung einem neuen Aufschwung entgegengeht. Daran ist aber, wie in unserem vorigen Bericht dargelegt, vorberhand nicht zu denken. Aber — die Börse hatte ihren Oberhaufen und Dikern Lieb aus dieses Jahr nicht aus, trotzdem die Spergeln durch eine schmerzschwängere und jammervolle Luft ihre frohe Weise nur mit Nähe hinstrengen konnten.

Ja, die Witterung kam unter Umständen zu einem verführten Spielverderber werden. Das hat heute vor allen Dingen der Getreidemarkt zu spüren. Nüch hat der deutsche Landwirtschaft über den Stand der Saaten im deutschen Reich seinen ersten Bericht erstattet. Darin findet sich die erfreuliche Feststellung, daß der Winter den Saaten keinen beträchtlichen Schaden gebracht hat. Umänderungen im Verlede der Saaten von Roggen und Weizen befehle sich nur in geringem Umfange erforderlich zeigen; jedenfalls haben die Winterkälte das normale Maß nicht überschritten. Der Bericht hält voraus und tröstete Witterung für eine gedeihliche Fortentwicklung der Saaten jetzt für dringend nötig. Derselbe liegt in den letzten Tagen der April seine Saaten demart fühlen, daß wanger von dem Verlede seiner Winterkälte unwirlich Abstand nehmen mußte und die „hohe“ Witterung die wohlwollend im Zeit währende Sommerkälte blutenden Verlede auf eine schwere Zukunft bezweifeln mußte. Sicherlich sind diese wenig sympathischen Aprilhefte auch den armen Saaten nicht gut bekommen. Im Verlede aber scheinen nun doch die Ausichten auf dem Getreidemarkte unsere früher gelegten Beforgnisse aus dem Wege räumen zu wollen. Denn die Verlede auf dem Weltmarkt lauten durchweg günstig — zum Leidwesen des Marktes natürlich, denn dessen Stellung wird dadurch eine mehr

und mehr andauernd schwache; andererseits aber zur Freude der konsumierenden Bevölkerung, die wieder auf mehr normale Preise wird rechnen können. So weist insbesondere Argentinien fortgesetzt riesige Mengen an den Markt und läßt seinen Segen auch für die nächsten Wochen und Monate noch erhoffen, da seine Weizenerte auf 25 Mill. Dvo gegen 19 1/2 Mill. Dvo im Vorjahre geschätzt wird. Ebenso tragen auch die Berichte über Indiens Ernte ein weit günstigeres Gepräge wie früher zur Schau. Dabei gehen aus den europäischen Anbäuclern fortgesetzt gute Nachrichten ein. Speziell berichtet Rumänien mit Befriedigung, daß die Herbstsaaten, ungeachtet des schneelosen Winters, in der Rodbau sehr gut überwintert hätten. Würde die Witterung nur einigermaßen günstig bleiben, so wäre eine auszeichnende Ernte zu erwarten. Allerdings, die Witterung! Hoffentlich kehrt der Frühling bald seine guten Seiten heraus. Ich würde mit Freuden meinem früheren Optimismus in bezug auf die Ernteaussichten den Garaus machen! —

Neulich wurde im Anschluß an Berichte aus Einzelgewerben darauf hingewiesen, daß stellenweise der Tiefstand der Krisenjahre 1901 und 1902 erreicht ist. Das trifft, Gottlob, für den Arbeitsmarkt noch nicht zu. Nach dem Berichte des „Arbeitsmarkt“ ist allerdings die Frühjahrsbelegung in diesem Jahre erheblich geringer als in den Vorjahren. Zwar nahm die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre ab. Doch war die Abnahme entschieden nicht so kräftig wie 1907 und 1906. Der Andrang am Arbeitsmarkt ging im Jahre 1906 von Februar auf März um 2,3 Arbeitstunde auf je 100 offene Stellen zurück; im laufenden Jahre betrug die entsprechende Abnahme über nur 21,2. Es kamen an den öffentlichen Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichtserstattung des „Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, auf 100 offene Stellen im März d. J. 130,5 Arbeitstunde gegen 151,7 im Februar und 95,5 im März 1907. Im Vorjahre war also der Bedarf an Arbeitskräften im allgemeinen nicht zu bedenken, während heute ein Ueberangebot besteht. Es darf dabei allerdings nicht übersehen werden, daß dieses Ueberangebot noch immer niedriger ist als in den Jahren 1901 und 1902; die Lage des Arbeitsmarktes ist also in diesem Jahre ungünstiger als in den letzten guten Jahren, aber doch noch nicht so ungünstig wie während des ersten Jahres der letzten Krise!

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellen.

Bei der Firma W. Steinberg, M.-Glabbach, sind die Weber in eine Lohnbewegung eingetreten. Es handelt sich um eine allgemeine Lohnreduzierung. Die Verhandlung hat die Firma unterhandlungen geführt, die aber ergebnislos verlaufen. Die Weber reichen nun am Samstag, den 25. April, mit Genehmigung des Verbandes, die Kündigung ein. Hauptsächlich wird es noch im Laufe der Kündigungsfrist zu einer Einigung kommen.

Summerbach.

Wie an manchen anderen Orten, so macht sich auch hier der schlechte Geschäftslauf recht sehr bemerkbar. Besonders bei der Firma E. W. Sondermann in Mühlensheim haben die Arbeiter darunter zu leiden. Die Firma sucht sich selbst schuldig zu halten, indem sie die Löhne reduziert. So wurden in verschiedenen Abteilungen die Löhne um 10 Prozent gekürzt. Doch nicht genug damit, die Firma hat auch verschiedenen Kollegen gekündigt, und an deren Stelle werden Arbeiterinnen eingestellt. Die Zahl der weiblichen Arbeiter nimmt immer mehr zu, weil sie eine willigere und billigere Arbeitskraft sind. Hier zeigt es sich wieder, wie unbedingt notwendig es ist, die Arbeiterinnen zu organisieren. Deshalb in erster Linie an die organisierten Kolleginnen allerwärts: Traget Sorge, daß ihr aufgestärkt und geschützt werdet, damit ihr mitwirken könnt, in das große Heer von unorganisierten Arbeiterinnen aufzuräumen zu bringen. Den organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen rufen wir zu: Meibet die Firma E. W. Sondermann in Summerbach.

Wierfen. Zugung von Messel. u. Cordobewer

ist unbedingt fernzuhalten; ganz besonders sind es die holländischen Arbeiter, die hierdurch gewarnt werden, Arbeit irgend einer Art nach hier anzunehmen.

Bei der Firma Pong u. Sohn sind am 25.

April etwa 160 Weber und Weberinnen in den Streik getreten, nachdem die Firma alle Versuche der Drohkampagnen, die Sache durch Vergleich zu erledigen, rundweg abgewiesen hatte. Es handelt sich darum, den Durchbruch des seit drei Monaten bestehenden Tarifs seitens der Firma zu verhindern. Letztere hat den Lohn für einen Teil ihrer Arbeiter um 10% gekürzt. Sollte in der 14-tägigen Kündigungszeit eine Einigung nicht erzielt werden, so werden wir in ausführlicher Weise über den Hergang berichten.

Aus unseren Bezirken.

XI. Bezirk (Thüringen-Sachsen-Brandenburg).

Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften von Eisenberg hielt jüngst eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: Gründung eines Bezirkskartells Leipzig-Halle-Eisenberg. Der Plan fand Zustimmung, doch sollen erst die Statuten ausgearbeitet und vorgelegt werden. Seitens unserer Textilarbeiter-Ortsgruppe wurden in die Schlichtungskommission für Arbeitsfreistellen die Kollegen Herrig, Schröder und Gregor gewählt.

Sagan.

Zu unserer letzten Versammlung war Kollege Bogtfort erschienen. Derselbe legte in gutgehaltenem Vortrage den Mitgliedern und Gästen die Zwecke und Ziele des Verbandes auseinander und forderte zu strebbarer Förderung derselben auf. Die Geschäftsführung vom vorigen Quartal wurde für richtig befunden.

Glauchau.

Unsere Gruppe hat vor kurzem das halbe Hundert Mitglieder vollzähnen können und wurde aus diesem Anlaß am ersten Osterfesttag im Meisterhaus ein gemüthliches Beisammensein mit Familienangehörigen und Gästen, die sich zahlreich eingefunden hatten, gefeiert. In seiner Ansprache dankte der Vorsitzende, Kollege Seymann, besonders den Kollegen, die durch eifrige Verarbeitung der Gruppe manches neue Mitglied zugeführt haben. Dann wurde noch eines Kollegen gedacht, der einer der sieben Gründer der Ortsgruppe ist, des Kollegen Risch, der an diesem Tage gerade seinen 69. Geburtstag feiern konnte. Der anwesende Bezirksvorsitzende, Kollege Kümmele, nahm in seiner Ansprache ebenfalls auf dies Ereignis Bezug und wünschte, daß auch in Zukunft die Geschichte der Mitglieder mit denen des Verbandes sich immer mehr vereinigen möchten. Erhebende Musik- und Liebesvorträge trugen noch zur Verschönerung des Abends bei. Möge nun das volle Hundert in der Mitgliederzahl von der Ortsgruppe Glauchau bald erreicht werden.

Gau Voigtland.

Am 3. Mai in Greiz, Hauptes Lokal (Felsenkeller) Gauvoigtland. Anfang vormittags 10 Uhr.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Hachen.

Den Mitgliedern der Hachtelbe Hachen-Horst zur Kenntnisnahme, daß die Wohnung des Geschäftsführers Nikolaus Bartholomäus sich ab 1. Mai im Hause des Konsumvereins, Strauch, Oranienstr. 3 befindet.

Der Vorstand.

Bamberg.

Nachmal's „Ein Bild sozialdemokratischer Kultur“. Unter dieser Ueberschrift brachten wir in der letzten Nummer dieser Zeitung einen Bericht über eine Versammlung, in welcher einzelne Führer der sozialdem. Verbände Bamberg's unsere Kollegen Müller mundtot zu machen versuchten. Erst nach acht Tagen fand man in der „fränkischen Volkstribüne" Worte zu einer Erwiderung, wobei man nur vergessen hat, die Ueberschrift zu geben: „Matz Luise, wie deine Seele, ist auch deine Simonade." Also Kollege Müller soll die Aufregung in jener Versammlung dadurch verursacht haben, daß er den Jahresbericht der sogld. Gewerkschaften Bamberg's als falsch bezeichnete? Wer sich genau darüber informieren will, auf welcher Seite geschimpft wird, vergleiche nur den Jahresbericht der sogld. Verbände Bamberg's mit der Abrechnung im Textilarbeiter-Verband, und er wird sofort durch die sich widersprechenden Angaben in den beiden Berichten die Entbedung machen, wie wahrheitsliebend gewisse Leute sind. Doch man andere gerne als Schwindler brandmarkt, ist eine besonders bei den „Freien" hochentwickelte Tugend.

Cosfeld.

Es sind jetzt 6 Jahre verfloßen, seitdem unsere Ortsgruppe an die Öffentlichkeit trat. Manche Stürme hat sie zu überstehen gehabt. Daß sie auch jetzt noch auf der Höhe ist, zeigt am besten unsere Abrechnung. Ueber 500 Mitglieder hat er Part hatten wir im letzten Quartal eine Einnahme von 1900 Mark. In unserer letzten Mitglieder-

versammlung hielt Kollege Camps-Münster einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage, über das neue Vereinsgesetz und über den Entwurf betr. Arbeitskammern. Reicher Beifall lobte die Ausführungen. In Zukunft darf bei solchen Vorträgen kein Mitglied mehr fehlen. Die schlechte Konjunktur macht sich auch hier für die Arbeiter schon recht fühlbar. Die größten Anforderungen werden an die Arbeiter gestellt. Aus schlechtem Material soll gute Ware hergestellt werden. Wenn das nicht möglich ist, heißt es einfach „Entschädigung zahlen". Bei der Firma Gerwig, Sach und Hurlamp ist die Arbeitszeit eingeschränkt. Auch soll, womit wir vollständig einverstanden sind, gegen Wummler und Blaumacher energisch vorgegangen werden. Nur bleibt es uns unverständlich, wie man kaum der Schule entwachsenen Kindern 4 Stühle zum Bedienen geben kann. Alte erfahrene Weber können bei dem schlechten Material ihre 4 Stühle nicht einmal immer voll bedienen, wieviel weniger dann die kaum einige Monate arbeitenden Kinder und jugendlichen Arbeiter. Es wäre vom Obermeister schöner und nobler gewesen, wenn er die in der obigen Angelegenheit beim Prinzipal vorstellig gewordenen Arbeiterauschüßmitglieder nicht als Schwindler bezeichnet hätte. Die Ausschüßmitglieder sind doch ebenso wenig Schwindler wie der gestrenge Herr Obermeister selbst.

Im selben Betriebe sind auch einige Untermeister, die ihre Tätigkeit sehr von der leichten Seite nehmen. Anstatt den Webern jederzeit mit Rat und Tat beizustehen, wie es ihre Pflicht wäre, läßt man letztere längere Zeit warten, um dann die notwendigen Reparaturen noch in der drücklichsten Weise vorzunehmen. Glauben diese Herren vielleicht, daß der Weber auf einem schlecht funktionierenden Webstuhl gute Ware herstellen kann? Wir könnten hier mit eigenartigen Geschichten aufwarten, glauben jedoch, daß solches nicht notwendig ist, da wir der Meinung sind, daß diese Herren dazu beitragen werden, die Angelegten an ihre Pflichten zu erinnern. Mögen diese den Arbeitern das Leben nicht noch schwerer machen, als es ohnehin schon ist.

Dülken.

Die Wohnung des Kassierers befindet sich jetzt Buchweg 5. Dort wird jeden Sonntag Morgen von 10-11 Uhr das Frankengeld ausgezahlt. Giesenkirchen. Trotz genügender Belanntmachung war unsere Versammlung vom 12. April sehr schlecht besucht. Angesichts dieser Tatsache taucht einem unwillkürlich der Gedanke auf: Liegen denn hier die Verhältnisse so, daß wir so gleichgültig in den Tag hinein leben dürfen? Die Fragen und Unzufriedenheiten, die wir von allen Seiten hören, befehlen uns aber eines andern. Auch hier sind einzelne Firmen, die ihre wirtschaftliche Macht dazu benützen, die Arbeiter zu schädigen. Kollegen, den Uebelständen wird nicht durch Klagen auf dem Fabrikwege oder durch großsprecherische Reden im Wirtshause abgeholfen. Sorgen wir, daß unsere Mitgliederversammlungen besser besucht werden, und helfen wir getreu mit an dem inneren Ausbau der Organisation arbeiten.

Krefeld. Einen sehr interessanten Verlauf nahm unsere Mitgliederversammlung am Ostermontag. Kollege Marquardt erstattete in ausführlicher Weise den Quartalsbericht vom verfloßenen Quartal. An dem Bericht schloß sich eine lebhafteste Diskussion. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, unsere Mitglieder möchten sich mehr an den höheren Beitragsklassen beteiligen, die Arbeiterinnen zahlten jetzt fast sämtlich 30 Pfg., da müßten die Männer doch zur 40- und 50 Pfg.-Klasse übergehen. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn der Eintritt in eine höhere Beitragsklasse stets gestattet wäre.

Einige Kollegen sprachen ihre Befriedigung darüber aus, daß an Unorganisierte sowie an solche Mitglieder, welche die Karenzzeit noch nicht erfüllt haben, keine Unterstützung mehr gezahlt wird. Das könne nur erzieherisch wirken. Des weiteren wurde noch betont, daß im I. Quartal 1908 nahezu 900 Mark an Frankengeld ausgezahlt sind und 120 Mark Sterbegeld. Die Revisoren erstatteten Bericht über die Kassenevision. Dem Kollegen Marquardt wurde Entlastung erteilt. Nach einer kurzen Pause folgte ein Vortrag des Geschäftsführers über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Mit schlichtem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen. Mit Recht wies Kollege Buch zum Schluß darauf hin, daß es wünschenswert sei, wenn solch lehrreiche Versammlungen besser besucht würden; man solle auch eifrig für die Bezirksversammlungen in den einzelnen Stadtteilen agitieren, denn in der Aufklärung könne nie zu viel geschehen.

Raubrecht (Waf.). Wir machen hiermit den Kollegen und Kolleginnen die Mitteilung, daß vom 1. Mai an die Frankengeldunterstützung jeden Samstag abend von 6-7/8 Uhr beim Kassierer Johann Stumpf, Kriegerstraße (neben der Wirtschaft Pester) ausbezahlt wird.

Serkantenheide. Mit der Ortsgruppe der Metallarbeiter gemeinsam hielten wir eine öffentliche Versammlung ab. Als Redner waren die Kollegen Schümmer-Wülfels und Gewerkschaftssekretär Klutgen-Hagen gewonnen. Kollege Schümmer behandelte das Thema: „Die Rechte der Arbeiter in der heutigen Gesellschaft." Als zweiter Redner sprach Kollege Klutgen über das Zweifelhafte im Hagenen Bezirk. In der Diskussion wurde die sachliche und richtige Stellung des christl. Textilarbeiterverbandes bezw. dessen Bezirksleitung, anerkannt. Die Kollegen und Kolleginnen sollten gerade in der jetzigen Zeit energisch für ihren Verband eintreten.

Aus unserer Industrie.

Im M.-Glabbacher Industriebezirk

ist eine weitere merkliche Abschwächung der Geschäftslage eingetreten. Es sind alle Erzeugnisse einer rückgängigen Konjunktur vor-handen: Fehlen der neuer Bestellungen, mangelhafter Absatz auf bestehende Kontakte, Produktions-einschränkungen, sinkende Preise, Preisbrüderien und Zielhinauschiebungen seitens der Abnehmer. Die Produktions-einschränkungen sind besonders hervortretend in den Baumwebereten und den Buckst.- und Gebiotswebereten, wo Arbeiterentlassungen, Stilllegen von Webstühlen, Verkürzungen der Arbeitszeit u. erfolgten. Neuerdings machen sich auch Verkürzungen geltend, die Baumwollspinnereien zu einer einschneidenden Einschränkung der Erzeugung zu veranlassen. Ob aber eine derartige Maßnahme zu-rande kommt, ist vorläufig doch noch sehr fraglich. In Vorschlag ist gebracht worden, die Baumwollspinnereien für einen Tag in der Woche stillzulegen. Das soll aber nur dann geschehen, wenn die Rüstung aller deutschen Spinnereien sich zu diesem Vorhaben

berpflichten. So weit man die Sache bis jetzt beurteilen kann, ist dieses letztere nahezu ausgeschlossen. Ueberdies ist, wie der „Düsseldorfer Generalanzeiger" berichtet, in den Baumwollspinnereien eine Produktions-einschränkung auch noch gar nicht so brüchig, weil die Lagerbestände noch sehr gering sind, während die alten Garnkontrakte noch für mehrere Monate laufen. Auch in England ist bekanntlich das Projekt, die englischen Baumwollspinnereien zu einer einheitlichen Produktions-einschränkung zu veranlassen, gescheitert, obgleich es sich dort nur um den Vorschlag handelte, die Spinnereien in der Ostwoche gänzlich stillzulegen. Ehe man an einen Zusammenschluß aller deutschen Baumwollspinnereien denken kann, würde die Konjunktur doch wohl noch erheblich ungünstiger werden müssen.

Allerdings hat gerade die letzte Zeit für die Baumwollspinnereien, die durchweg zwei so glänzende Jahre hinter sich haben, doch eine recht betrübliche Verschiebung dieser Lage gebracht. Während z. B. seit Ende Februar die Preise für amerikanische Baumwolle nach Ausweis der Notierungen der Bremer Baumwollbörse um etwa 6 Pfennig gesunken sind, wickeln die Preise für Garne aus amerikanischer Baumwolle, z. B. für 20er Water, in demselben Zeitraum um 9 bis 10 Pfennig, und für Garne aus indischer Baumwolle ist diese für die Spinner ungünstige Differenz stellenweise noch etwas größer. Dazu kommt, daß neue Garnlieferungsverträge zur Zeit von den Webereten kaum abgeschlossen werden. Die Webereier legen sich die allergrößte Beschönigung auf und kaufen nur das Dringende für den sofortigen Gebrauch. Außerdem ist der Absatz für alle Garnkontrakte äußerst schleppend. Es soll nicht ganz selten sein, daß die Garnverbraucher jetzt dazu übergehen, ihren Garnbedarf nicht durch Absatz auf die früheren Lieferungsverträge, sondern durch Zwischenkäufe zu den heutigen billigeren Preisen zu decken. Vereinzelt sollen auch schon Baumwollspinnereien ähnliche Transaktionen in bezug auf Rohbaumwolle machen. Die Folgen solcher Nichterfüllung von Kontrakten werden ohne Zweifel eine Anzahl Prozesse sein.

Die ganze Situation würde sich mit einem Schläge anders gestalten, wenn auf den Rohbaumwollmärkten wieder eine Steigerung der Notierungen einträte. Es werden eine ganze Anzahl Stimmen laut, die für den Sommer einen solchen Umschwung sehr wohl für möglich halten. Für diese Ansicht wird ins Feld geführt, daß die amerikanischen Ernteaussichten wegen der lange andauernden Kälte durchaus nicht günstig seien und daß ferner die Baumwollvorräte der englischen Spinnereien verhältnismäßig gering sind. Ob aber diese Umstände bei der Preisbildung im Sommer durchschlagend sein werden, läßt sich heute um so weniger beurteilen, als der Bedarf an Rohbaumwolle unermessbar im Rückgange begriffen ist.

Die Spannung auf dem Geldmarkte

läßt immer mehr nach. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat sich der Status der Reichsbank in der dritten Aprilwoche um 127 Millionen Mark gegen die Vorwoche gebessert, er ist aber noch um 15 Millionen Mark schlechter, als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die feuerfreie Notenreserve ist auf 98 Millionen gestiegen, während in der Vorwoche das Institut sich noch mit 29 Millionen Mark in der Steuerpflicht befand. Die Anlagen haben um 78 Millionen Mark gegen die Vorwoche abgenommen; sie sind aber noch um 11 Millionen Mark höher, als im Vorjahre. Der Effektenbestand ist um 42 Millionen Mark höher als in der Vorwoche, der Metallbestand um 25 Millionen Mark höher als in der Vorwoche und um 22 Millionen Mark höher als im Vorjahre. Trotz des etwas ungünstigeren Status der Bank soll der Diskont um ein halbes Prozent herabgesetzt werden.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften hat, um unsere Bewegung in Württemberg und Baden zu unterstützen, in Stuttgart, Ostendstraße 18, ein Sekretariat eingerichtet. Dieses wird vom Kollegen Krug, der lange Zeit Arbeitersekretär der evangelischen Arbeitervereine in der Provinz Posen war, verwaltet.

Sollen die christlichen Gewerkschaften Tanzvergünstigungen veranstalten? Mit Freuden sind die Fortschritte der christlichen Gewerkschaften zu begrüßen. Ohne Zweifel wurde trotz großer Schwierigkeiten großes erreicht. Jedoch bedarf es noch großer Anstrengungen, um den Einzelnen so heranzuziehen, daß er im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben seinen Mann stellt. Deshalb erwachen den Gewerkschaften vornehmlich ganz gewaltige Hindernisse sind zu beseitigen. Ein solches Hindernis kann auch entstehen durch Veranstaltung von Tanzvergünstigungen innerhalb der christlichen Gewerkschaften. Deshalb ist es be-rechtigt, die Frage aufzuwerfen: „Sollen die christlichen Gewerkschaften Tanzvergünstigungen veranstalten?"

Was ist Zweck der Gewerkschaften? Zweck derselben ist, um es kurz zu sagen: Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auch will sie den Arbeiter vorantreiben auf geistigem Gebiete; ihn befähigen, seine Interessen selbständig zu vertreten. Sie will den Arbeiter auf eine höhere Stufe der Bildung und der Kultur bringen, ihm eine angesehenere Stellung in der menschlichen Gesellschaft verschaffen. Aus dieser kurzen Darlegung ist zu ersehen, daß die Veranstaltung von Tanzvergünstigungen nicht das geringste mit den Zielen der Gewerkschaften zu tun haben.

Vor allen Dingen haben die konfessionellen Arbeiter-, Gewerks- und Arbeitervereine die Pflicht, für eine eble Erholung und wenn Bedürfnis, für ein Tanzvergünstigen zu sorgen. Nach den Wünschen der Gewerkschaftsführer sollen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auch Mitglieder der konfessionellen Arbeiter- resp. Arbeitervereine sein. Und dieses aus guten Gründen. An den meisten Orten ist auch reichlich Gelegenheit dazu geboten. Nicht zu vergessen ist, daß viele Mitglieder der Gewerkschaften auch patriotischen Vereinen angehören. In diesen Vereinigungen insoweit werden Vergünstigungen genug geboten. Die christlichen Gewerkschaften haben deshalb gar keine Ursache, auch nach Tanzvergünstigen zu verlangen. Haben denn überhaupt die christlichen Gewerkschaften Nutzen von den Tanzvergünstigen? Erreichen sie dadurch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen? Fordern sie durch Tanz die Selbstbildung? Kommen sie durch Tanz

einwirken auf das öffentliche und rechtliche Leben? Trägt das Tanzvergünstigen bei zur Charakterbildung? Oder lernen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften ordentlich wirtschaften mit ihrem Einkommen? Nein, im Gegenteil. Durch Veranstaltung von Tanzvergünstigen liefern sie den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung unentgeltliches Material und nutzen dem Schatzmachertume. Sie leisten dem persönlichen Egoismus Vorschub. Die Vergünstigungssucht und die Vereinsmeierei wird gefördert. Dem Alkoholteufel, dem größten Gegner der Gewerkschaften, wird in die Arme gearbeitet. Der vergebenden einseitigen Literatur und Presse wird die Bahn gebahnt. Nicht zu unterschätzen ist die Tatsache, daß den Berliner Fachabteilungen für ihre Bestrebungen das schönste Material geliefert wird. Und wenn auf eine solche Weise den Mitgliedern viel Geld aus der Tasche gelockt wird, braucht man sich dann zu wundern, wenn der Vertrauensmann die Beträge nicht bekommen kann? Am schlimmsten sind solche Veranstaltungen am Sonntag, der Tag der Erholung und Erbauung nach wöchentlichen Schwärmerei verborben. Auch steigen Veranstaltungen nicht im Interesse der Inter-fessionalität.

Gestatten denn die gegenwärtigen Verhältnisse den christlichen Gewerkschaften den Luxus von Tanzvergünstigen? O nein! Dazu ist die Zeit zu ernst. Die christlichen Arbeiter haben einen Befreiungskampf zu führen gegen einen unanschuldigen Kapitalismus und gegen einen rücksichtslosen Sozialismus. Welch große Kämpfe wurden auf wirtschaftlichem Gebiete geführt und müssen noch geführt werden. Das Auftreten des Herrn Ribbow spricht Bände. Welch gewaltige Arbeit haben die christlichen Gewerkschaften noch zu leisten auf dem Gebiete der sozialen Wahlen. Wird nicht fortwährend geflagt über Mangel an Mitarbeitern? Fürwahr, es bietet sich den christlichen Gewerkschaften Arbeit in Hülle und Fülle. Zeit zur Vorbereitung von Festlichkeiten bleibt, wo man es eifrig mit der Hebung des Arbeiterstandes meint, da nicht über. Der Ausschuß des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften hat die Veranstaltung von Tanzvergünstigen innerhalb der christlichen Gewerkschaften ausdrücklich untersagt. Dort, wo Disziplin vorhanden, wird auch darnach getan. Arbeitergebüden ist es auch dann, wenn irgend eine Ortsgruppe unter bestem Namen solche Dinge treibt. Es handelt sich um das Glück von Millionen Arbeiterherzen in der christlichen Arbeiterbewegung. Deshalb lautet die Parole für jeden echten überzeugten christlichen Gewerkschaftler: „Fort mit dem Tanzvergünstigen aus den Gewerkschaften!"

In der Auswahl der Mittel zur Bekämpfung

der christlichen Gewerkschaften sind die „Freien" nie recht verlegen. Bald sind die „Christlichen" Klassenkämpfer, bald sind sie Gebilde zur Stärkung des scharfmacherischen Unternehmertums. Der alte Adenpüster „Zentrumsgewerkschaften" wird immer wieder hervorgeholt, um die evangelischen Kollegen vor Eintritt in die christlichen Gewerkschaften zurückzuhalten. Es hat zwar nicht viel genutzt, aber — es wird doch so weiter gewurft.

Von Interesse ist da eine Stelle aus der Rubrik Gewerkschaftsbewegung in der neuesten Nummer (7) der „Sozialistischen Monatshefte", wo der Redakteur der sozialdemokratischen „Holzarbeiterzeitung", Genosse Weinhardt, u. a. schreibt:

„Das Jahr 1907 hat den christlichen Gewerkschaften nicht solch großen Erfolg gebracht wie das Jahr 1906, immerhin haben sie ihre Mitgliederzahl noch um rund 30000 vermehrt. Ansehens haben die Reichstagswahlen die Entwicklung der christlichen Bewegung ungünstig beeinflusst, und besonders scheint die Tatsache, daß sich die Gewerkschaftsführer teils für das Zentrum gegen den Block, teils für den Block gegen das Zentrum engagiert haben, von Nachteil auf die christlichen Organisationen gewesen zu sein, weshalb der Ausschuß des Gesamtverbandes in seinem im Zentralblatt erschienenen Rechenschaftsbericht entschieden von jenen Beamten mehr Zurückhaltung in politischen Dingen fordert."

Trotz alledem wird in Zukunft der alte sozialdemokratische Schwindel: „Zentrumsgewerkschaften" von den sozialdemokratischen Agitatoren streupellos weiter kolportiert werden, und Leute, die aus allerlei unlauteren Absichten die evangelischen Arbeiter nicht gern in der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit ihren kath. Standesgenossen arbeiten sehen, leisten dabei Handlangerdienste. Es hat jüngst in einem öffentlichen Versammlung in Summerbach ein Herr Baumeister, Chefredakteur einer Eisenfelder Zeitung, folgende Frage beantwortet: Welche Veranlassung hat es mit dem M.-Glabbacher Verein und den Christlich-Sozialen?

Herr Baumeister „zeigte", daß es darauf angelegt sei, die evangelischen Arbeiter in das ultramontane Schlepptau zu nehmen. Wenn darüber auch keine geschriebenen Paragraphen beständen, so sei es doch sehr durchsichtig und der Grund leicht zu erkennen, warum es gerade immer wieder die kath. Kaplanen wären, welche die Führung in diesen Vereinigungen übernommen hätten. Alles geht natürlich unter der Flagge „christlich", aber man wisse schon, was und wen man auf kath. Seite darunter versteht. Das Ziel des Ultramontanismus, Niedergewinnung des gesamten christlichen Welt dem kath. Gedanken, gebe die Antwort darauf. Unsere Arbeiter werden auf diese Weise also ungewollt und unbewußt dem Ultramontanismus angepöppelt.

Wahrscheinlich, der Herr „versteht" die christliche Gewerkschaftsbewegung! Er darf sich einen Herausgeber setzen. Von einem evangelischen Mitglied der christlichen Gewerkschaften wird dem gelehrigen Herrn folgendes geantwortet in der „Vollzeitung für Westdeutschland":

Soweit christliche Gewerkschaften in Frage kommen, dürfte es auch Herrn Baumeister unmöglich sein, zu beweisen, daß diese irgendwo katholische Kaplanen als Führer oder in ähnlichen Stellen als bestimmende Leiter haben. Ebenfalls wird Herr Baumeister wissen, daß eine ganze Reihe bewußt evangelischer Männer aus allen Ständen die evangelischen Arbeiter auf-jordnen, nur in die christlichen Gewerkschaften einzutreten, da diese politisch neutral, sowie streng interkonfessionell sind. Glänzende Namen der evangelischen Kirche und der evangelischen Arbeitervereine sind in großer Zahl darunter vertreten. Dazu kommt noch, daß diese evangelischen Männer überall den christlichen Gewerkschaften nachsehen, ihr Verhalten und Arbeiten beobachten, und das Ergebnis der fortwährenden Beobachtung ist nicht, wie Herr Baumeister meint, der Unkenruf der Zentrumvereine, sondern die bewußte dringende Auf-forderung an alle evangelischen Arbeiter: „Einen in die christlichen Gewerkschaften. Zweifellos wird Herr

